

Frau Oberbürgermeisterin  
Stefanie Seiler  
Maximilianstrasse 100  
67346 Speyer

c/o Dr. Sarah Mang-Schäfer  
Fraktionsvorsitzende Speyerer Wählergruppe  
Habsburgerstrasse 11  
67346 Speyer

Sonntag, 13. September 2026

**Betreff: Antrag auf Beschränkung der Tagesordnung des Gestaltungsbeirats am 16.09.2026  
auf die durch die Geschäftsordnung gedeckten Themen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Einladung zur Sitzung des Gestaltungsbeirats am 16.09.2026 sowie die hierzu übersandten Unterlagen geben aus unserer Sicht Anlass zu erheblichen verfahrensrechtlichen und inhaltlichen Bedenken.

Nach der geltenden Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirats besteht dessen Aufgabe darin, Bauvorhaben und städtebauliche Planungen hinsichtlich ihrer städtebaulichen, architektonischen und gestalterischen Qualität zu beurteilen. Die Zuständigkeiten des Beirats sind in § 4 der Geschäftsordnung klar definiert und beziehen sich auf konkrete Bauvorhaben, Planungen und stadtbildrelevante Maßnahmen. Eine Befassung mit der Erarbeitung einer Satzung für den Gestaltungsbeirat oder mit der Diskussion einer Erweiterung seiner zukünftigen Zuständigkeiten ist dort nicht vorgesehen.

Darüber hinaus sehen wir die vorgesehene Beratungsreihenfolge für die Umgestaltung des Normand-Parks kritisch. Den Unterlagen zufolge soll zunächst eine Diskussion im Gestaltungsbeirat stattfinden und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (ASBV) erst im Anschluss über die Ergebnisse informiert werden. Dies weicht aus unserer Sicht von der bisher geübten Praxis ab. In diesem Fall, in dem der ASBV die Erstellung des Entwurfs beauftragte sollte er vor einer Beratung im Gestaltungsbeirat bestätigen, dass der Entwurf grundsätzlich seinen Vorstellungen entspricht.

**Wir bitten daher nachdrücklich, die Tagesordnungspunkte**

- **Umgestaltung Normand-Park/Beratung fortgeschr. Variante**
- **„Klausurtagung / Erstellung einer Satzung“**

**von der Tagesordnung abzusetzen beziehungsweise auf einen späteren Zeitpunkt nach dem die Diskussionen in den entsprechenden Ausschüssen abgeschlossen sind zu verschieben.**

Grundsatzfragen zur zukünftigen Ausgestaltung des Gestaltungsbeirats, zu seinen Zuständigkeiten und insbesondere zur Überführung der Geschäftsordnung in eine Satzung sind zunächst in den zuständigen politischen Gremien zu beraten. Der Gestaltungsbeirat ist ein fachliches Beratungsgremium und kein Organ zur politischen Vorberatung grundsätzlicher Regelwerke.

Erst anschließend sollte der Gestaltungsbeirat die Möglichkeit erhalten, seine fachliche Expertise zur konkreten Ausgestaltung einzubringen. Die fachliche Optimierung eines Entwurfs vor einer politischen Grundsatzentscheidung erscheint uns weder zweckmäßig noch mit der bisherigen Rollenverteilung zwischen politischen Gremien und Gestaltungsbeirat vereinbar.

Hinzu kommt, dass die Einladung für die Sitzung während der Ferienzeit erfolgte. Als Tor zur Pfalz, das direkt an das Nachbarbundesland Baden-Württemberg angrenzt sollten nicht nur die eigenen Schulferien bei der Planung in Betracht gezogen werden. Unabhängig von der formalen Rechtzeitigkeit halten wir die gewählte Terminierung für eine grundlegende Diskussion über die zukünftige Satzung des Gestaltungsbeirats für ungeeignet. Zudem bleibt unklar, welcher Teilnehmerkreis für die Klausurtagung vorgesehen ist und wer hierzu eingeladen wurde. Gerade bei einem Thema von dieser Bedeutung sollten Transparenz und eine frühzeitige Einbindung aller Beteiligten selbstverständlich sein.

**Wir bitten daher ergänzend,**

- 1. die Durchführung einer gesonderten Klausurtagung erst nach Vorliegen eines politisch beratenen und vom Hauptausschuss beschlossenen beziehungsweise bestätigten Satzungsentwurfs,**
- 2. eine Einladung zu dieser Klausurtagung mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf,**
- 3. die Beteiligung der Mitglieder des ASBV an dieser Klausurtagung, um den fachlichen und politischen Austausch gemeinsam und auf Augenhöhe zu ermöglichen.**

Dieses Vorgehen gewährleistet aus unserer Sicht eine klare Trennung der Zuständigkeiten, wahrt die Rechte der politischen Gremien und stellt gleichzeitig sicher, dass die fachliche Expertise des Gestaltungsbeirats zu einem geeigneten Zeitpunkt in den Prozess einfließen kann.

Wir bitten den Stadtvorstand, unseren die vorgeschlagene Anpassung der Tagesordnung zu prüfen und die Beratung am 16.09.2026 auf die von der geltenden Geschäftsordnung gedeckten Themen zu beschränken.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Kabs (Fraktionsvorsitzender CDU),  
Bianca Hofmann (Fraktionsvorsitzende FDP),  
Claus Ableiter (Fraktionsvorsitzender FWS),  
Sarah Mang-Schäfer (Fraktionsvorsitzende Speyerer Wählergruppe)